

Kinder, Jugend, Frauen und Familie

Kernforderungen für einen Koalitionsvertrag und das Regierungsprogramm

Rechtsanspruch auf Kita-Platz flächen- deckend umsetzen – Kitagipfel zur Gewinn- nung von Fachkräften notwendig

Die finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung haben sich an den Anforderungen an eine qualifizierte Ausgestaltung von Bildung, Erziehung und Betreuung zu orientieren. Der Fachkräftebedarf ist in quantitativer und qualitativer Hinsicht bundesweit zu analysieren. Im Rahmen eines Kitagipfels sind zielführende Maßnahmen mit allen Beteiligten (Bund, Länder, Kommunen, Träger) zu entwickeln und umzusetzen.

Effektiven Schutz für Frauen vor Gewalt sicherstellen

Vor dem Hintergrund anhaltend hoher Zahlen von gewaltbetroffenen Frauen hat der Bund von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch zu machen und einen eigenständigen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe einzurichten. Der Schutz und die Hilfe für die betroffenen Frauen und deren Kinder sind unabhängig von Einkommen, Aufenthaltstitel, Herkunftsort, gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderung zu gewährleisten. Dazu gehört auch, dass der Bund seiner finanziellen Gesamtverantwortung für das Hilfe- und Unterstützungssystem gerecht wird.

Strukturelle und ökonomische Benachteiligungen von Familien beseitigen

Familienpolitik hat der sozialen und kulturellen Vielfalt von Familien gerecht zu werden. Die Förderung und Unterstützung von Familien muss sich an der Trias, bestehend aus Geld, Zeit und Infrastruktur ausrichten. Danach sind Familien monetär wirksam zu entlasten, eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur vorzuhalten und über eine verlässliche Zeitpolitik die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um berufliche Aufgaben, fürsorgende Tätigkeiten und Freizeit oder bürgerschaftliches Engagement miteinander verbinden zu können. Es ist die Aufgabe von Politik, hierfür die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Situation der „care leaver“ verbessern

Im Gegensatz zu vielen europäischen Ländern werden in Deutschland stationäre Hilfen zur Erziehung häufig bereits im Alter von 17-18 Jahren - primär aus fiskalischen Gründen - abgebrochen. Viele junge Erwachsene, die in Heimen und Pflegefamilien aufgewachsen sind, brauchen aber weiterhin gezielte Unterstützungen, sollen nicht Erziehungserfolge zunichte gemacht werden. Da die mit § 41 SGB VIII rechtlich gegebenen Möglichkeiten für diese notwendigen Unterstützungsleistungen nur sehr restriktiv gewährt werden, braucht es die Verankerung eines Rechtsanspruchs auf weiterführende Hilfen für diesen Personenkreis der „care-leaver“ im Rahmen des § 41 SGB VIII.

Sehr geehrte Abgeordnete,

wir möchten Ihnen für Ihre nächsten Arbeitsschritte diese Kernforderungen der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege ans Herz legen. Weitere Kernforderungen und ausführliche Positionen der BAGFW in sozialen Handlungsfeldern an die Bundespolitik in der 18. Legislaturperiode finden Sie auf www.bagfw.de.

Für Rückfragen und weitere Erläuterungen erreichen Sie uns:
Tel. 030/ 240 89 129 oder per Mail wahlen@bag-wohlfahrt.de

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!
Dr. Gerhard Timm, Geschäftsführer der BAGFW

Eine gute Gelegenheit im Gespräch zu bleiben:

Zur Verleihung des Deutschen Sozialpreises am 4. Dezember 2013 möchten wir Sie schon heute einladen.

Mit dem Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege werden jährlich herausragende journalistische Beiträge zur sozialen Lebenswirklichkeit in Deutschland ausgezeichnet. Ein Abend mit spannenden Impulsen und Perspektivwechseln - Seien Sie dabei!